

Politik und Soziale Arbeit

Vortrag anlässlich der Absolventenverabschiedung im Fachbereich Sozialwesen der FHP am 09. November 2012

Helmut Knüppel

Herr Dekan, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie haben sich heute hier versammelt,

Sie, die Absolventinnen und Absolventen der verschiedenen Studiengänge der Sozialarbeit, um die Früchte Ihres Studiums und der damit verbundenen z.T.

sehr intensiven, erkenntnisorientierten Studienarbeit einzusammeln,

Ihre Lehrenden und die MitarbeiterInnen des Fachbereichs, um sich von denen zu verabschieden, die sie einige Jahre auf diesem Weg begleitet haben.

Wer mich als Gründer des Fachbereichs Sozialwesen und der Fachhochschule

- die Reihenfolge ist richtig: der Fachbereich wurde gegründet, bevor es die Hochschule gab - zur Verabschiedung der Absolventinnen und Absolventen an diesem schicksalsträchtigen Tag, dem 9. November, der gleichzeitig für die Höhen und Tiefen menschlicher Gesellschaft steht, einlädt, - ich erinnere:

- 1848 Hinrichtung des Parlamentsabgeordneten Robert Blum durch die Truppen der Gegenrevolution und damit das Ende der ersten Demokratie in Deutschland,
- 1918 Novemberrevolution in Berlin, Abdankung des Kaisers und Ausrufung der Republik durch Ebert und Scheidemann,
- 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch in München,
- 1938 Beginn der Novemberpogrome und der industriemäßigen Vernichtung der europäischen Juden,
- 1989 Fall der Berliner Mauer, -

muss gewärtig sein, dass ich über Politik, in diesem Fall über das Politische in der Sozialen Arbeit sprechen werde. 20 Minuten sind dafür eine sehr kurz bemessene Zeitspanne, darum bleiben meine Ausführungen aphoristisch und ich werde versuchen, einige Fragen und Gedanken anzusprechen, die vielleicht für Sie und für Ihre berufliche Tätigkeit wichtig sind. Zwei Dinge will ich Ihnen mit auf den Weg geben: eine Ermutigung und einen Satz zum Nachdenken. Doch davon später.

Ich selbst stamme aus einer Sozialarbeitergeneration, die im Vorgriff auf die Studentenbewegung beteiligt war an der Neugestaltung der Ausbildung der

damals Höheren Fachschulen, die noch Anfang der siebziger Jahre teilweise von NS-belasteten Dozenten, mit zum Teil problematischen Lehrinhalten betrieben wurde, und wenig Anregungen enthielt, sich kritisch mit dem Elend Sozialer Arbeit auseinanderzusetzen. Eine Wissenschaftsorientierung war nur in Ansätzen vorhanden. Kritik war auch nicht erwünscht, weder an den Lehrinhalten noch an der wortgetreuen und meist unverstandenen Adaption der Methoden der Sozialarbeit aus den USA, die uns einige Lehrende vermittelten.

Mein alter Lehrer Kurt Utermann beschrieb 1963 diesen Zustand indem er feststellte: ... eine wesentlich Schwäche der Sozialarbeit in Deutschland liegt in dem „unzureichenden Stand ihrer theoretischen Grundlegung...“, der keineswegs allein durch Fortschritte in der Ausbildung der Methodenlehre beseitigt werden kann“(UTERMANN, 1963: 184).

Wir Studenten der Sozialarbeit holten uns das fehlende Wissen abends von jungen Soziologen an der Volkshochschule ab, lernten Max Weber kennen und erfuhren von den diversen massiven Einflussnahmen gesellschaftlicher Interessengruppen auf das Bundessozialhilfegesetz von 1961 (MATTHES,1964). Damit war für uns das Ende der politischen Ahnungslosigkeit als zukünftige Sozialarbeiter eingeleitet: Eigentlich hatten wir das Studium gewählt, um Menschen zu helfen, und mussten nun feststellen, dass wir als gesellschaftliche Feuerwehr, oder als „Flickschuster der Nation“, wie der Titel eines mit Sozialarbeitern 1965 gedrehten Films hieß, vorgesehen waren.

Die nachfolgende Studentenbewegung und die Gründung der Fachhochschulen führten zu einer Neuorientierung und Professionalisierung der Sozialarbeit und der Zusammenführung mit der Sozialpädagogik, die bis dahin immer versucht hatte, sich vom gesellschaftlichen Schmuddelimage der Sozialarbeit fern zu halten und das bis auf den heutigen Tag gern weiter tun würde.

Vermutlich haben Sie während Ihrer Ausbildung hier an der Hochschule vieles über die Geschichte der Sozialarbeit gehört,

- Von der Kinderbewahranstalt zur modernen Kita
- Von der Armenpflege zu Hartz IV
- Vom Waisenhaus zur Jugendwohngemeinschaft
- von der Krüppelfürsorge zur Agenda 22 der UN
- vom Zuchthaus zur Resozialisierung Straffälliger etc.

Es ging immer um Armut und Abweichung. Die Literatur dazu dürfte Ihnen hinreichend bekannt sein. Zumindest steht das meiste an Literatur in der Hochschulbibliothek zur Verfügung. Vielleicht ist Ihnen dort auch die

„Bibliothek der GründerInnen“ der professionellen Sozialarbeit, von den Studierenden des 1. BA-Studiengangs Soziale Arbeit unserer Hochschule im Wintersemester 2004/05 erarbeitet, in die Hände gefallen und hat sie neugierig gemacht: Immer waren es Persönlichkeiten, die sich eingemischt hatten, die neue Entwicklungen anstießen, neues Denken entwickelten und mit ihren Anregungen und Handlungen die Gesellschaft veränderten. Das gilt auch heute!

Wie gesagt, es ging immer um Armut und Abweichung: Waren anfangs Armenpolizei und christliche Barmherzigkeit für die Regelung dieser Abweichungen zuständig, änderte sich mit der Aufklärung und der beginnenden Industrialisierung Grundsätzliches. Die Aufklärung brachte die Deklaration der Menschenrechte, an deren Durchsetzung wir immer noch und immer wieder arbeiten müssen auch in unserer eigenen Profession, und sie brachte die Auflösung der Feudalen Strukturen, während die Industrielle Revolution zeitversetzt die Entwurzelung der Menschen und ihre Wanderung von Ost nach West und vom Land in die Städte beschleunigte.

Mit der Entstehung der sozialen Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung und später der Frauenbewegung begann die Ablösung von den Bildern des barmherzigen, natürlich ehrenamtlichen Samariters und des Armenpflegers. Auch das Konzept der Armenpolizei hatte sich überlebt, wenngleich viele Elemente davon lange in der Sozialarbeit erhalten blieben und immer wieder hoffähig zu werden drohen. In den Gesellenvereinen, den Arbeiterbildungsvereinen, den ersten gewerkschaftlichen Organisationsformen bildete die Kategorie der Solidarität die entscheidende Größe. Man erzwang die Entlohnung in Geld statt in Naturalien, gründete Hilfsvereine, Krankenunterstützungssysteme, Sterbekassen, Konsumgenossenschaften, erste Wohnungsbaugenossenschaften und versuchte, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. (GREBING, 1970: 40ff.) Das führte zu einem Erstarren der Arbeiterbewegung und ihres Politischen Arms, der Sozialdemokratie, die Bismarck mit seiner Sozialgesetzgebung nach 1879 versuchte, an den Staat zu binden. Mit der Sozialgesetzgebung war aber nur einem Teil der Bevölkerung, nämlich den Industriearbeitern, geholfen. Das Elend der übrigen Menschen war ehrenamtlich mit dem Elberfelder System nicht mehr zu bewältigen und bedurfte einer Regulierung. (SKIBA, 1969: 43)

Das ist der Beginn der Verberuflichung der sozialen Arbeit – aus der Armenpflege über die Fürsorge zur Wohlfahrtspflege - und des beruflichen Einstiegs vor allem bürgerlicher Frauen in die Domäne der Männer. Die berufsständische Geschichte der Sozialpädagogik beginnt 1834 für den Bereich der Heimerziehung im Zusammenhang mit der von Wichern gegründeten

evangelischen Ausbildung, der von Fröbel initiierten Kindergärtnerinnen- und Kinderpflegerinnenausbildung und der von Henriette Schrader-Breyman 1880 konzipierten Jugendleiterinnenausbildung, die 1911 staatlich geregelt wurde. Die eigentliche berufsständische Geschichte der Sozialarbeit beginnt mit der Gründung von Ausbildungseinrichtungen in Hannover (1905) durch Paula-Müller Otfried und Adelheid von Bennigsen vom Deutsch-Evangelischen-Frauenbund, und in Berlin (1908) durch Alice Salomon, die jeweils vorbereitet waren durch einjährige Ausbildungskurse für Mädchen- und Frauengruppen (Vgl. Skiba: 1969: 34ff.). Diesen Gründern gemein war die Erkenntnis, dass soziales Elend und die Entwicklung der Ökonomie nicht voneinander zu trennen waren. Alice Salomon z.B. promovierte über die ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen, die sie durch bessere berufliche Qualifikation von Frauen und durch bessere gewerkschaftliche Organisation zu überwinden trachtete (Müller, 1988: 131). Dennoch blieb soziale Arbeit auf eine merkwürdige Weise unpolitisch. Sie wurde genutzt, die Emanzipationsbestrebungen der Frauen auf das „Ihnen Gemäße“, das Soziale abzulenken.

Männer wurden erst in der Weimarer Zeit, generell ab 1926, zur Ausbildung von Wohlfahrtspflegern zugelassen. (WOLLASCH, 1957: 257). Das war notwendig geworden, weil die in den Verwaltungen den Frauen als Kontroll- und Entscheidungsinstanz vorgesetzten Männer als Verwaltungsfachleute keine hinreichende Problemlösungskompetenz mitbrachten. Bis 1960 erfolgte die Ausbildung getrennt nach Geschlechtern.

Besonders wichtig für die Soziale Arbeit war, dass Helene Weber,... Gründerin der katholischen sozialen Frauenschule in Köln, „1919 in das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt berufen wurde und von dort aus die gesetzliche Gestaltung des Fürsorgeberufs entscheidend mitgetragen hat“ (Brauns, 1983: IX), wie die „Vorschriften über die staatliche Prüfung der Wohlfahrtspflegerinnen“ (1920), die „Reichsfürsorgepflichtverordnung“ (1924), die erst 1961 vom BSHG abgelöst wurde, und das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, 1963 durch das JWG – heute Jugendhilfegesetz - ersetzt.

Das mit der Weltwirtschaftskrise 1929 einsetzende Massenelend überforderte die Wohlfahrtspflege und setzte der Professionalisierungsoffensive der Weimarer Zeit ein Ende. Wie immer in Krisenzeiten, wenn die sozialen Probleme zunehmen, erfolgte die Durchsetzung von Sparmaßnahmen und der Abbau des fürsorgerischen Personals, wo eigentlich eine Vermehrung geboten war. Dies ließ selbst in der Wohlfahrtspflege die Frage aufkommen, ob man es

sich leisten könne, angesichts des millionenfachen, allgemeinen Elends auch noch die Behinderten und Kranken mit durchfüttern zu können. (BARON/LANDWEHR 1983: 23ff.) Diese Diskussion erleichterte dem Nationalsozialismus, der nach der Machtübernahme 1933 die Wohlfahrtspflege grundlegend veränderte, den Einstieg in die Vernichtung aus „Rassegründen“ unerwünschter Personen. Die Arbeiterwohlfahrt und alle gewerkschaftlich oder sozialistisch organisierten Verbände wurden verboten, die Verbände, die sich nicht gleichschalten ließen, in ihrer Arbeit stark behindert. Das Gros der Sozial- und Gesundheitspflege ließ sich allerdings ohne großen Widerstand gleichschalten, beteiligte sich an der Ausrichtung der Fürsorge nach „rassehygienischen“ Gesichtspunkten und machte sich mitschuldig an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Angesichts der Kriegsfolgen konnten die meisten der Beteiligten nach dem Kriegsende weiterarbeiten, als sei nichts geschehen. Das hatte Folgen für die Entwicklung der Profession. Eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verwicklung der Sozialarbeit begann erst in den 90er Jahren. Ich erinnere an Otto/Sünker(Hg.): Sozialarbeit im Faschismus, 1986, Ernst Klee: Euthanasie im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, 1984. Die Berichte von Alice Platen-Hallermund (1948), Alexander Mitscherlich und Fred Mielke (1949) über die Nürnberger Ärzteprozesse, die die Beteiligung der SS-Ärzte und der Mediziner der sog. „Euthanasieaktion“ an der Vernichtung von Kranken, Behinderten und KZ-Häftlingen zum Gegenstand hatten, wurden in der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert.

Alles braucht offensichtlich seine Zeit, also Abstand. Ich denke: Auch die Thematisierung von Torgau, Psychiatrie + Co in der DDR steht erst ganz am Anfang.

Sie sehen, meine Damen und Herren, Soziale Arbeit ist immer eine politisch wirksame Kraft, ob als Unterstützerin autoritärer, menschenverachtender Handlungen oder als KritikerIn derselben und EinklägerIn der Menschenrechte. Und Sie als Professionelle entscheiden, auf welcher Seite Sie stehen.

In den letzten Jahrzehnten hat es - befördert durch die Studentenbewegung - in der Sozialen Arbeit vielfältige Veränderungen und Verbesserungen gegeben. Ich erinnere an die Heimkampagne, wo Kinder und Jugendliche aus unglaublich autoritären Erziehungsheimstrukturen geholt werden und in neuen Wohn- und Lebensformen neue Perspektiven entwickeln konnten, an die Jugendzentrumsbewegung, an die Psychiatriebewegung, die aus Italien zu uns kam und die Rückständigkeit der psychiatrischen Kliniken skandalisiert, die

Folgen der Hospitalisierung der dort lebenden Menschen aufgedeckt und ansatzweise verändert hat. Ich erinnere an die Lehrlingsbewegung, die neue Rechte erkämpfte, die Hausbesetzerbewegung, die neue Wohnformen für die unterschiedlichsten Lebensalter, ja auch für ältere Menschen, entwickelte, an die Modernisierung der Kindererziehung über selbstorganisierte Kindereinrichtungen, an die veränderte gesellschaftliche Wahrnehmung von Sexualität generell, etc. Mancher Politiker, der heute diese Bewegung verteufelt, vergisst, dass er ohne diese Bewegung seine eigene Homosexualität immer noch verbergen müsste!

Dort allerdings, wo in allem Überschwang der Anspruch der Studentenbewegung auf ein „politisches Mandat“ der Sozialarbeit formuliert wurde, hat sich dieser schnell als Illusion herausgestellt.

Denn: Einerseits werden politische Mandate nach deutschem Verfassungsverständnis auf Menschen durch Wahlen und zeitlich befristet übertragen. Andererseits ist Soziale Arbeit ein Teilsystem sozialer Sicherung. Damit sind alle Sozialleistungsbereiche und deren Leistungsträger bestimmt. „Anleitungen zur revolutionären Veränderung der Gesellschaft durch gesellschaftlich unterdrückte Gruppen“ und deren Unterstützung durch die Soziale Arbeit verschwanden sehr schnell von der Bildfläche. Menschen, deren Biographien durch Scheitern gekennzeichnet waren, als „proletarische Avantgarde“ in von vornherein als aussichtslos zu erkennende Auseinandersetzungen zu führen, war professionell verantwortungslos (Kreft, 2001: 16). Aber überall da, wo solche Auseinandersetzungen in radikaldemokratische Reformvorstellungen mündeten, wie die Forderung nach Selbstorganisation, nach einer Pädagogik ohne Pädagogen, nach einer Öffnung der Psychiatrie, nach Selbstbestimmung, der Infragestellung totaler Institutionen, bahnte sich ein Wandel an. Der Fortschritt vollzieht sich nur langsam und bedarf des langen Atems seiner Protagonisten. Und nicht alle Initiativen blieben folgenlos für die berufliche Laufbahn. So gab es jahrelang eine „schwarze Liste“ bei den Jugendämtern des Landes Nordrhein-Westfalen für Hochschulen, die größere Affinitäten für solche Reformvorstellungen hegten oder - bundesweit in Westdeutschland - Berufsverbot für solche Absolventen, die sich im Umfeld politischer Gruppierungen des linken Spektrums betätigt hatten.

Trotz dieser vielen Initiativen: es gibt keinen Themenbereich im europäischen Vergleich, in dem wir besonders brillieren können oder in dem soziale Arbeit gesellschaftspolitische Entwicklungen angestoßen hat. Wir wissen zwar über Vieles Bescheid, aber Impulse zur Veränderung kommen nur sporadisch aus der Sozialen Arbeit und die meisten kamen in der Vergangenheit von den nord- und westeuropäischen Nachbarn und den amerikanischen Vorbildern. Ich selbst erinnere mich daran, wie Studierende der Sozialarbeit aus Bristol mich vor 30 Jahren (1982) attackierten, warum in Deutschland das Thema „Missbrauch und Misshandlung von Kindern“ nicht auf der Tagesordnung stehe, -wir hatten gerade das Thema ‚Gewalt in der Pflege entdeckt - oder wie uns ein schwedischer Kollege noch vor 10 Jahren (2002) hier in Brandenburg auf unsere Rückständigkeit bei der Integration von Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem oder bei der Eingliederungshilfe aufmerksam machen musste.

Nachzutragen habe ich noch, dass 1971 Kurt Utermann und mein Kollege Hans-Uwe Otto das Buch „Sozialarbeit als Beruf“ veröffentlichten und damit die Debatte über die Chancen einer Professionalisierung der Sozialarbeit neu eröffneten – die Bezeichnung „Sozialarbeiter“ wurde offiziell erst 1959 als Sammelbegriff eingeführt. Damit wurde die Diskussion wieder auf das Handlungsverständnis sozialer Arbeit zwischen „Hilfe und Kontrolle“ in der Zuordnung zur öffentlichen bzw. quasiöffentlichen Verwaltung der sog. Freien Träger und dem professionellen Autonomieanspruch des Sozialarbeiters gelenkt, ein Thema, das Ihnen unter dem Begriff des „Doppelten Mandats“ bekannt geworden ist und als tägliche Konfliktebene in unserer Profession wahrgenommen wird.

Nach der Euphorie der Politisierung Sozialer Arbeit im Anschluss an die Studentenbewegung kam, wie ich schon angedeutet hatte, die Ernüchterung:

- Projekte hatten sich angesichts nicht hinreichend abgesicherter Grundlagen zerschlagen.
- Die öffentlichen und freien Träger hatten sich neu organisiert und bliesen zum Gegenangriff mit Reglementierungsversuchen bei der staatlichen Anerkennung, etc.
- Die öffentlichen Mittel stagnierten angesichts der wirtschaftlichen Folgen des ersten Ölpreisschocks 1972/73.

- Besonders gesellschaftskritischen Projekten, insbesondere im Bereich der Gemeinwesenarbeit (z.B. der Victor Gollancz-Stiftung, 1976), wurde aus politischen Gründen der Geldhahn zugedreht.

Statt diese Veränderungen genauer zu untersuchen, flüchteten sich viele Sozialarbeiter in den Psychoboom – auch eine Form politischer Abstinenz –, der später von neoliberalen Modellen der Neuen Steuerung überlagert wurde. Zur Geschichte der Sozialarbeit in der DDR erspare ich mir Aussagen, weil wir deren Geschichte noch schreiben müssen.

Unbestritten geblieben ist, dass politische Kultur und Soziale Gerechtigkeit Angelpunkt und Ausgangsposition jeglichen Handelns in der Sozialen Arbeit sind. Ich kann jetzt nicht auf die Entwicklung der politischen Kultur in Deutschland eingehen, das ist ein eigenes Thema.

Festzustellen bleibt für die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland: Die allgemeine Wohlfahrtssteigerung und die Ausweitung des Sozialstaats, die von allen Parteien getragen wurde, führten zu einem Abklingen der Klassenspannungen und des Klassenbewusstseins, obwohl die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen bis heute zunahm. Der Wohlstand sorgte dafür, dass eine neue Mittelklasse entstand. Mit einer Mischung aus Kapitalismus, Demokratie und Sozialstaat wurde ein Maß an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht, das es nie zuvor gegeben hatte. Die Systemkonkurrenz zum Sozialismus hatte eine wichtige Zähmfunktion für den Kapitalismus, die heute nicht mehr verfügbar ist mit der Folge, dass das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital zerstört ist und die Übermacht des einen über das andere zu gesellschaftlich unzuträglichen Ergebnissen führt.

Zur sozialen Gerechtigkeit gehören die Bürger- und Menschenrechte, soziale Teilhaberechte, das Recht auf Bildung und gleiche Bildungschancen. Die Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit beziehen sich keineswegs ausschließlich auf den Wohlfahrtsstaat und seine Aktivitäten. Es geht immer um das Insgesamt komplexer gesellschaftlicher Strukturen, die Ungleichheit befördern, Integration beeinträchtigen oder verhindern und damit Ausgrenzung und Ausschluss produzieren. Darum darf man die Diskussion über soziale Gerechtigkeit nicht etatistisch, nicht ökonomisch und nicht kulturalistisch verkürzen.

„Die gerechte Gesellschaft ist eine nivellierte Gesellschaft, wo niemand zu hoch steigen und niemand zu tief sinken sollte. Sonst entstehen „soziale Schieflagen“ und „sozialpolitische Unausgeglichenheiten“, die Anlass zu Klage und Empörung sind.“ (Bude, 2004, S. 1). Sie sehen den Zusammenhang mit dem Begriff der politischen Kultur! Umverteilungen sollen der Erhaltung einer gewissen Symmetrie im Gesellschaftsbild dienen, so dass die Ausschläge verdienten Glücks und unverdienten Unglücks möglichst gering gehalten werden.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Nachkriegszeit war dadurch gekennzeichnet, dass der Staat in der demokratischen Gesellschaft die korrigierende Aufgabe hatte, soziale Kompromisse und das Kräfte-Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital angesichts der schlimmen Erfahrungen zum Ende der Weimarer Republik und der Nazizeit zu sichern, die stabile Beschäftigung, ausreichende Einkommen und soziale Sicherheit garantieren sollten. Ein solcher Rahmen, in dem die Sozialpflichtigkeit des Eigentums Verfassungsrang hatte, war durch die „Soziale Marktwirtschaft“ Ludwig Erhardts in der Tradition Franz Oppenheimers für alle Träger der Gesellschaft verbindlich geworden (Vgl. Hengsbach u.a., 1999, S. 23). Inzwischen ist dieser Konsens brüchig geworden und wird von Seiten der großen Konzerne und ihrer Lobby in Verbänden und Politik offen angegriffen. In den letzten 20 Jahren haben wir uns daran gewöhnen müssen, dass der Sozialstaat in der Krise ist.

Die Alarmmeldungen aus Sozialhilfe und sozialer Sicherung werden seit einigen Jahren in der Politik begleitet von einer Philosophie des aktivierenden Sozialstaats, die sich in der Agenda 2010 artikuliert hatte und die inzwischen fast über das gesamte Spektrum der politischen Farbenskala hinweg offensichtlich salonfähig geworden ist. Ich darf den ehemaligen Bundeskanzler Schröder zitieren: „Der allgegenwärtige Wohlfahrtsstaat, der den Menschen die Entscheidungen abnimmt und sie durch immer mehr Bevormundung zu ihrem Glück zwingen will, ist nicht nur unbezahlbar. Er ist am Ende auch ineffizient und inhuman“ (Regierungserklärung vom 29.10.02). Das sagte 20 Jahre vorher fast wortgleich Warnfried Dettling, einer der Vordenker der Kohl'schen Wende bereits auf der Tagung der Gilde Soziale Arbeit im Jahr 1981.

Während eine ungeheure Menge vagabundierenden Kapitals in globalisierten Märkten verschoben wird und gewaltige Reichtumschancen jenseits der Güterproduktion eröffnet, geht es in den einzelnen Gesellschaften, in denen Beschäftigung und Arbeit das Maß der Partizipation sind, heute hauptsächlich darum, wer entbehrlich ist und wer integriert wird. (Hengsbach, 2004).

„Trotz explosionsartig gestiegener Gewinne und weiterhin günstiger Gewinnerwartungen setzen vor allem die großen Kapitalgesellschaften ihre Belegschaften mit großer Brutalität unter Druck. Sie nutzen die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verunsicherung der Beschäftigten als Hebel, um Arbeitszeiten zu verlängern und Löhne zu senken. Gleichzeitig vernichten sie in großem Umfang Arbeitsplätze.“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2005: 10). Gesamtwirtschaftlich ist das kontraproduktiv und lässt die Massenarbeitslosigkeit neue Rekordhöhen erreichen.

Ich zitiere Heiner Geißler, der einmal Generalsekretär der CDU unter Helmut Kohl war: „In ihrem neoliberalen Deregulierungswahn hat die Politik die Sorgen und Nöte der Menschen vergessen, lässt sich von den Anforderungen der Kapitalmärkte treiben und wird zum Erfüllungsgehilfen der Kapitalinteressen. (...) Die Bürgerinnen und Bürger haben das Vertrauen in die Politik verloren, weil sie immer mehr den Eindruck bekommen, dass Politiker sich nicht mehr für das Gemeinwohl einsetzen können, zu Getriebenen der Finanzmärkte und zu Erfüllungsgehilfen der Kapitalinteressen geworden sind“ (Geißler, 2012: 13). Für die Soziale Arbeit an der Schnittstelle von Verteilung und politischer Entscheidung heißt das, die zunehmenden Probleme der gesellschaftlichen Desorganisation mit immer weniger Mitteln als „Dienstleister“ zu regeln. Angesichts der mir zur Verfügung stehenden Zeit muss ich mir leider die theoretischen Implikationen des Begriffs ersparen.

Soziale Arbeit bleibt in den Widersprüchen der Gesellschaft gefangen:

- Bundespräsident Gauck forderte jüngst Unterstützung für die Welthungerhilfe, die sich um die Ernährung der Armen auf der südlichen Halbkugel kümmert, während mit Hilfe der EU und der Regierungen vor Ort Großkonzerne des Agrarsektors den dort lebenden Menschen die Ackerflächen abnehmen und sie vertreiben mit der Folge eines unvorstellbaren Flüchtlingselends.

- Wir proklamieren die Würde des Menschen und akzeptieren Residenzpflicht und Arbeitsverbot für Asylbewerber. Die Abschaffung der Verpflegungsgutscheine konnte auch hier in Brandenburg erst mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts durchgesetzt werden
- Wir lassen zu, dass der Sozialstaat demontiert wird, während gleichzeitig der Sicherheitsstaat aufgebaut wird.
- Wir konstatieren sehenden Auges die Verlagerung des Steueraufkommens auf den Faktor Arbeit, während die steigenden Gewinn- und Kapitaleinkünfte von einer rapide sinkenden Steuerlast begleitet sind.
- Wir erwarten die deutliche Ausdehnung der Altersarmut und verhindern die Einführung von Mindestlöhnen bzw. Mindestrenten.
- Wir beklagen die Einschränkung unserer professionellen Standards und akzeptieren widerstandslos die Fremdbestimmung in der sozialpädagogischen Arbeit durch das Dienstleistungsparadigma der neoklassischen Ökonomie.

Es lassen sich viele weitere Widersprüche formulieren! Auf diesem Hintergrund sollten wir auch den Sinn von ‚Tafeln‘ und ‚Suppenküchen‘ neu diskutieren.

Wie können wir als in der Sozialarbeit Tätige mit diesen Konflikten leben. „Aus Sicht einer Sozialen Arbeit, die als wissenschaftlich begründete Profession weiß, dass sie und was sie bewirken kann und welche Rahmenbedingungen sie dafür braucht, und aus Sicht einer Sozialen Arbeit, die ethisch auf soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde orientiert ist, ist diese Entwicklung in unserer Profession inakzeptabel.“ (Seithe, 2011: 17). Irritierend ist, dass diese Widersprüche weitgehend ohne Gegenwehr ertragen werden. Man könnte auf die Idee kommen, dass die Einbindung der Sozialarbeit in die Sozialpolitik, - das systemische Mandat -, Sozialarbeiter daran hindert. Warum das so sein könnte, haben Mechtild Seithe und viele andere KollegInnen sehr umfänglich in den letzten Jahren herausgearbeitet und gleichzeitig den Rückfall in überholte Handlungsofferten der Barmherzigkeit und der Entmündigung der Menschen festgestellt. Der Unmut der Profession über die neoliberale Politik führt scheinbar nicht zur Gegenwehr, nicht mal zu berufsständischer oder gewerkschaftlicher Organisation.

Mit einigen Ausnahmen: Wenn man an Ulrich Schneider vom Paritätischen denkt, der die Armutsdiskussion in die Mitte der Gesellschaft geholt hat oder an Heiner Geisler, der Immanuel Kants Aufforderung „Sapere aude!“ , den Leitgedanken der Aufklärung , bemüht, um zum zivilen Widerstand gegen die Entmündigung durch den Absolutismus der Ökonomie, den religiösen Fundamentalismus und die autoritären Strukturen der Politik aufzurufen.

„Sapere aude“, zu Deutsch: „Wage zu denken!“. Dieser Satz stammt bereits von Horaz und steht im 2. Band der Epistulae aus dem Jahr 13 vor unserer Zeitrechnung. Ich darf daran erinnern: Aufklärung ist nach Kant der (.....) Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Die Vernunft der Aufklärung bildet mit der Achtung der Menschenwürde eine Symbiose. Solidarität ist die menschliche Pflicht, denen beizustehen, die in Not sind. Lassen Sie sich vom „Sapere aude“ ermuntern. Nur so werden wir die Herausforderungen der Gesellschaft national wie international meistern. Es gibt Zeichen dafür, dass sich die Bürger nicht mehr alles gefallen lassen und die SozialarbeiterInnen auch nicht. Arbeitskreise „Kritische Sozialarbeit“, Resolutionen auf Fachtagungen, die zu politischem Handeln aufrufen etc., lassen aufhorchen.

Im Übrigen: Soziale Unternehmen müssen, wenn sie es nicht schon getan haben, sich öffnen für kreative Arbeit. Hierarchiedenken kommt immer mehr an seine Grenzen, weil der Anteil kreativer Arbeit rasant zunimmt auch in den sozialen Einrichtungen und der öffentlichen Verwaltung. Nur kreative Unternehmen ziehen gute Leute an. Soweit die Ermunterung!

Nun der Satz zum Innehalten, der von Theodor W. Adorno stammt, dem Mitbegründer der Frankfurter Schule. Der Satz lautet: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“! Sie finden diesen Satz in seiner Schrift „Minima Moralia“ (1951).

Adorno geht es damit um das Verhältnis zwischen moralischem Handeln und dessen gesellschaftlichen Bedingungen, weiter um das Verhältnis von Moral und Gesellschaftstheorie, also um die Frage, wie die umfassenden Macht- und Herrschaftsmechanismen in unser individuelles Nachdenken über das richtige Leben eindringen oder dieses Nachdenken verzerren.

Judith Butler, die Preisträgerin des diesjährigen Adorno-Preises leitet daraus in ihrer Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche die Frage ab: „Wie können wir unser eigenes Leben so führen, dass wir sagen können, wir führen ein gutes Leben in einer Welt, die vielen ein gutes Leben strukturell oder systematisch unmöglich macht? Und, Wie bestimmt und durchdringt der historische Moment, in dem wir leben, diese Frage selbst?“ (FR v. 15./16. 09.2012: 32f.).

Meine Damen und Herren, wie lässt sich ein Leben führen, wenn sich nicht alle Lebensprozesse, aus denen ein Leben besteht, vom Individuum selbst „führen“ lassen? Wie kann man sich fragen, wie man sein Leben am besten führt, wenn man angesichts der eigenen Prekarität sich gar nicht mehr in der Lage fühlt, es zu führen? Kann man das berufliche und das private Leben voneinander und beides von der eigenen existenziellen Realität trennen? Unter den heutigen Bedingungen der erzwungenen Abwanderung und des Neoliberalismus existieren - national und noch mehr international - riesige Bevölkerungsgruppen ohne das Gefühl einer sicheren Zukunft, einer stabilen politischen Zugehörigkeit, mit einem Gefühl des beschädigten Lebens.

Judith Butler stellt fest: „..., dass das richtige Leben in der Gestalt des Widerstandes gegen die von einem fortgeschrittenen Bewusstsein durchschauten, kritisch aufgelösten Formen eines falschen Lebens bestünde. Dieser Widerstand gegen das, was die Welt aus uns gemacht hat, ist nicht nur ein Unterschied gegen die äußere Welt, sondern dieser Widerstand müsste sich allerdings in uns selber gegen all das erweisen, worin wir dazu tendieren, mitzuspielen“ (a.a.O.), d.h. wir müssen unsere eigene Komplizenschaft mit den herrschenden Verhältnissen überprüfen.

Soll Widerstand tatsächlich zu einer neuen Lebensweise führen, zu einem lebbareren Leben im Gegensatz zur ausdifferenzierenden Zuweisung von Prekarität, dann müssen Akte des Widerstands zugleich Nein zu einer und Ja zu einer anderen Lebensweise sagen.

Es gibt viele Formen des Widerstands. Sie finden sich oft schon im Sprechakt, in körperlichen Gesten des Nein-Sagens, des Schweigens, der Bewegung, der Weigerung, sich von der Stelle zu bewegen. Wir müssen lernen, in allen Haltungen, in der Sprache und dann auch im Handeln das auszudrücken, was unsere unabhängige Lebensweise demonstriert (Butler, a.a.O.).

Was wir dringend brauchen, ist eine neue Aufklärung, eine Revolution im Denken und Handeln, damit klar wird, dass diese menschenunwürdigen und – verachtenden Verhältnisse und Strukturen nicht natürlich oder gottgegeben, sondern von Menschen gemacht und veränderbar sind. Von Rosa Luxemburg stammt der Satz: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“.

Darum: „Es ist nicht gleichgültig, für welche theoretische Position, für welches Menschen- und Gesellschaftsbild, für welche Wahrnehmungstheorie, welche Ziele und Handlungstheorien, Methoden und Techniken – ja für welchen Leistungserbringungskontext und welche Rechte man sich entscheidet. Es gibt nicht nur eine Ethik des Handelns, sondern auch eine des Denkens und der wissenschaftlichen Theoriebildung über Mensch und Gesellschaft, die sich nicht nach dem gerade aktuellen und politischen Wind richten können. Sie müssen wissen, worunter Menschen leiden, was Menschen einander an Leid antun können und welche lokalen, nationalen und transnationalen Machtstrukturen sie aufbauen, erhalten, zu ihren Gunsten verändern und welche Kulturmuster sie tradieren, um ohne Schuldbewusstsein kulturell wie strukturell bedingtes Leid zuzufügen. ... Sie müssen wissen, welchen professionellen Beitrag sie zu diesem Thema lokal, national und international, d.h. auf all den Ebenen ihrer „Dienstleistungsproduktion“ zu leisten haben.“ (Staub-Bernasconi, 2007: 27). Sie müssen ihre eigene Macht gegenüber den Menschen, mit denen und für die sie handeln, reflektieren: Denn Macht macht etwas mit den Menschen, die über sie verfügen, sie verändert diese! Darin liegt auch die Dialektik der Macht der Ohnmächtigen! (Reinhold Schneider, 1954)

Es gibt keine Soziale Arbeit, die durch politisches Nicht-Handeln der Protagonisten, der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter möglich ist. Auch wer nicht handelt, handelt. Sie haben sich mit Ihrer beruflichen Entscheidung eine Profession ausgesucht, die zu denen mit den größten Herausforderungen gehört, aber auch, wenn Sie sich diesen stellen, zu denen mit hohem gesellschaftlichem Gestaltungspotential.

Es gibt kein richtiges Leben im Falschen!

Wahrscheinlich müssen wir, wie Silvia Staub-Bernasconi(2007) sagt: „das Ende der Bescheidenheit unserer Profession, (die sie selbst, wie ich meine zu Recht, als Menschenrechtsprofession proklamiert,) einläuten.“ Das geht aber nicht

mit egomanischem Individualismus. Dazu bedarf es schon des Engagements in Berufsverbänden, Gewerkschaften, fachlichen Bündnissen, der Nutzung der eigenen Fachlichkeit in der Öffentlichkeit, des Einstiegs in die Politik auf kommunaler und überörtlicher Ebene. Das gilt nicht nur für Sie als AbsolventInnen sondern auch für Ihre Lehrenden und die gesamte Hochschule!

Ich wünsche Ihnen für Ihre berufliche Tätigkeit:

- Zivilcourage und Durchhaltevermögen,
- KollegInnen, die offen sind für die Reflexion und Neugestaltung der Lebensbedingungen im sozialen Feld,
- Freude auch an kleinen Fortschritten,
- Immer wieder Ermutigung!

Nutzen Sie die Möglichkeit des Fachgesprächs, der Weiterbildung, des beruflichen Austauschs, welche Ihnen nicht nur die Hochschule bietet.

In diesem Sinne: Viel Glück und einen guten Start in ihren Beruf!

Literatur:

Adorno, Th.W. (1951): Minima Moralia, Frankfurt/Main

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005): Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft, Köln

Baron, R./Landwehr, R. (1983): Von der Berufung zum Beruf, in Baron, R. (Hg.): Sozialarbeit und Soziale Reform, S. 1-36, Weinheim und Basel

Brauns, H.-J. (1983): Einleitung, in: Baron, R. (Hg.): Sozialarbeit und Soziale Reform, VII-XI, Weinheim und Basel

Bude, H. (2004): Das Problem der Exklusion, Hamburg

Butler, J. (2012): Kann man ein gutes Leben im schlechten führen? In: Frankfurter Rundschau v. 15./16. September 2012, Frankfurt/Main

Geißler, H. (2012): Sapere aude! Warum wir eine neue Aufklärung brauchen. Berlin

Grebing, H. (1970): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München

Hengsbach, F. (2004): Das Reformspektakel. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient. 2. Aufl., Freiburg i. Breisgau

Hengsbach, F./Möhring-Hesse, M. (1999): Aus der Schieflage heraus. Demokratische Verteilung von Reichtum und Armut, 2. Aufl., Bonn

Klee, E. (1984): Euthanasie im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt

- Kreft, D. (2001): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Oder: Was müsste wohl Inhalt eines Hippokratischen Eides für die Professionellen der Sozialen Arbeit sein? S. 15-25, In: Merten R. (Hg.): Hat Soziale Arbeit und politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen
- Matthes, J. (1964): Gesellschaftspolitische Konzeptionen im Sozialhilferecht. Stuttgart
- Mitscherlich, A./Mielke, F. (1949): Medizin ohne Menschlichkeit, Frankfurt/Main
- Müller, C. W. (1988): Wie Helfen zum Beruf wurde, Bd.1, Weinheim und Basel
- Otto, H.-U./Sünker, H. (Hg.) (1986): Soziale Arbeit und Faschismus, Bielefeld
- Otto, H.-U./Utermann, K. (Hg.) (1971): Sozialarbeit als Beruf. Auf dem Weg zur Professionalisierung, München
- Platen-Hallermund, A. (1948): Die Tötung Geisteskranker in Deutschland, Frankfurt/Main
- Seithe, M. (2011): Zur Begründung einer Repolitisierung Sozialer Arbeit, Ringvorlesung Fachhochschule Jena, 07.01.2011
- Skiba, E.-G. (1969): der Sozialarbeiter in der gegenwärtigen Gesellschaft, Weinheim
- Staub-Bernasconi, S. (2007): Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft, in Lob-Hüdepohl, A./Lesch, W. (Hg.) (2007): Ethik Sozialer Arbeit – Ein Handbuch: Einführung in die Ethik der Sozialen Arbeit, S. 20-54, Paderborn
- Staub-Bernasconi, S. (2011): Macht und (kritische) Soziale Arbeit, in: Kraus, B./Krieger, W. (Hg.): Macht in der Sozialen Arbeit, 2. Aufl., Lage, S. 363-392
- Utermann, K. (1963): Sozialpädagogisches Seminar (Jugendwohlfahrtsschule) und Sozialforschungsstelle an der Universität Münster. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Friedrich Siegmund-Schultze als Wegbereiter sozialer Arbeit, Schrift 236, Frankfurt/Main
- Wollasch, H. (1957): Die Einheit der Sozialen Ausbildung und die Jugendpflege. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, H. 9, S. 256, Frankfurt/Main